

Definition Politischer Extremismus:

Die Sozialwissenschaften definieren Extremismus als radikalen Bruch mit etablierten normativen Strukturen und System, der in verschiedenen sozialen, politischen, ökonomischen und religiösen Bereichen auftritt. Je nach Kontext und Zielrichtung können Extremismen unterschiedliche Formen annehmen, aber sie zielen stets auf tiefgreifende Veränderungen der bestehenden Gesellschaftsordnungen ab.

Der hier interessierende politische Extremismus beschreibt ideologische Bewegungen, die die demokratische Ordnung ablehnen und durch radikale politische Maßnahmen eine fundamentale Veränderung der Gesellschaft anstreben. Er bezieht sich auf Positionen, die extrem von der Mitte der Politischen Landschaft abweichen und oft autoritäre, totalitäre oder antidemokratische Ziele verfolgen. Extremismus – geprägt durch eine ideologische Verklärung von Wahrheit und Freiheit – ist so eine Form der politischen Radikalität, die den Bruch mit etablierten politischen Systemen und die Einführung totalitärer Herrschaftsformen anstrebt. s. Quellenverzeichnis QR-Code (Pkt. 1)

Linksextremismus

Rechtsextremismus



SPD



Podcast INTERVIEW politischer Extremismus



Ideologie

Ebenso wie die DKP beruft sich auch die MLPD auf die klassischen Theorien des Marxismus-Leninismus, wobei letztere sich ergänzend auf die Ideen von Stalin und Mao stützt. Ziel beider Parteien ist die vollständige Abschaffung des Kapitalismus durch eine sozialistische Revolution mittels Klassenkampfes und die Errichtung der Diktatur des Proletariats, als Übergangsstadium zur klassenlosen kommunistischen Gesellschaft. Der Kapitalismus wird als Hauptursache gesellschaftlicher Ungleichheit, Ausbeutung, Krieg und Umweltzerstörung erkannt. Beide Organisationen halten den Kapitalismus für strukturell krisenhaft gekennzeichnet durch Überproduktion, Monopolisierung usw. Die parlamentarische Demokratie wird als Diktatur des Kapitals qualifiziert, also als eine Form der Klassenherrschaft, die es zu überwinden gilt. Wahlen werden von beiden Parteien nicht als Mittel zur Überwindung des Kapitalismus, sondern lediglich als Möglichkeit zur Bewusstseinsbildung bzw. als Plattform zu Verbreitung ihrer ideologischen Vorstellungen angesehen. NATO und Europäischen Union werden grundsätzlich abgelehnt. So nennt die DKP die NATO ein „aggressives imperialistisches Bündnis“. s. Quellenverzeichnis QR-Code (Pkt. 2)



Ideologie

Neben diversen Splittergruppen (z.B. NPD) ist die einzig relevante Kraft im Spektrum des Rechtsextremismus die AfD, wobei auffallend ist, dass bei isolierter Betrachtung ihres Parteiprogramms explizit extremistische Positionen nicht, allenfalls verdeckt, feststellbar sind. Ein anderes Bild ergibt die Analyse der ideologischen Grundlagen der AfD und ihrer Vernetzung mit der Identitären Bewegung und anderen Netzwerken der Neuen Rechten, wie den Nachfolgeorganisationen des aufgelösten Instituts für Staatspolitik, dem Magazin „Sezession“ und der von Kubitschek gegründeten Unternehmungsgesellschaft „Menschenpark“ so wie den Aussagen führender Funktionäre, die die fortschreitende Radikalisierung hin zu einem autoritären Populismus offenbaren. So wird der Begriff „Remigration“, also die gewaltsame Abschiebung von Menschen mit Migrationshintergrund, selbst wenn diese über die deutsche Staatsangehörigkeit verfügen („Passdeutsche“) offen propagiert. Dies basiert auf einem gegen die Menschenwürde (Art. 1 GG) und gegen das Demokratie- und Rechtsstaatsprinzip (Art. 20 GG) verstoßenden ethnisch-homogenen Volksbegriff. Die AfD verwendet in diesem Zusammenhang Begriffe wie „Umvolkung“ und „Volkstod“, sie relativiert den Holocaust („Fliegenschiss“ der Geschichte), diskreditiert die Aufarbeitung des NS-Zeit als „antideutsche“ und gibt sich islamfeindlich („Messermänner“). Daneben lehnt sie die EU und die NATO ab und bestreitet den menschlichen Einfluss auf den Klimawandel. s. Quellenverzeichnis QR-Code (Pkt. 3)



Wirtschaft

- Verstaatlichung der Schlüsselindustrien:** Die DKP fordert die Verstaatlichung von Schlüsselindustrien wie Energie, Verkehr und Banken, um die Kontrolle über die Wirtschaft zu zentralisieren. 1)
 - Abschaffung des Kapitalismus:** Die Partei strebt die Abschaffung des kapitalistischen Systems und die Einführung einer sozialistischen Planwirtschaft an, um die Produktionsmittel in die Hände der Arbeiterklasse zu legen 2)
 - Umverteilung des Reichtums:** Die DKP setzt sich für eine radikale Umverteilung des Reichtums durch hohe Besteuerung von Vermögen und Einkommen der Reichen ein 2)
 - Beseitigung der Arbeitslosigkeit:** Durch staatlich geförderte Programme und die Verkürzung der Arbeitszeit will die DKP die Arbeitslosigkeit vollständig beseitigen 2).
 - Anti-Imperialismus:** Die Partei lehnt die wirtschaftliche und militärische Dominanz westlicher Länder ab und fordert eine unabhängige, sozialistische Außenpolitik 3).
- Diese Thesen werden vom Verfassungsschutz und von Politikwissenschaftlern als linksextremistisch eingestuft. s. Quellenverzeichnis QR-Code (Pkt. 4)



Wirtschaft

Das Bundesamt für Verfassungsschutz hat die AfD am 5. 5. 2025 als rechtsextremistisch eingestuft. Kritiker führen bestimmte Fakten und Argumente an, um eine rechtsextreme Tendenz in der Wirtschaftspolitik der AfD zu unterstellen. Hier sind drei solcher Fakten: Allgemeine Wirtschaftspolitik der AfD: Einige Mitglieder und Funktionäre der AfD haben Verbindungen zu rechtsextremen Organisationen oder Personen, die extremistische Positionen vertreten. Diese Verbindungen können sich auch auf wirtschaftspolitische Positionen auswirken, indem sie beispielsweise nationalistische oder anti-europäische Haltungen fördern. Ablehnung der Europäischen Union und des Euro: 5) Die AfD fordert teilweise den Austritt Deutschlands aus der EU oder eine radikale Reform der EU-Strukturen. Diese Haltung kann als wirtschaftlich extrem angesehen werden, da sie auf eine Abschottungspolitik abzielt, die den freien Handel und die europäische Integration gefährden könnte – was von Kritikern als rechtsextrem interpretiert wird. Nationale Wirtschaftspolitik mit Fokus auf Protektionismus: 6) Die AfD propagiert häufig eine stärkere nationale Wirtschaftspolitik, inklusive protektionistischer Maßnahmen und einer Ablehnung globaler Freihandelsabkommen. Kritiker sehen darin eine Tendenz zu nationalistischen, möglicherweise extremistischen Positionen, die auf Isolation statt auf Zusammenarbeit setzen. s. Quellenverzeichnis QR-Code (Pkt. 5)



Bildung

Bildungsprogramm der DKP im Verhältnis zur BRD
Bildungsprogramm der DKP: Die DKP (Deutsche Kommunistische Partei) verfolgt ein Bildungsprogramm, das stark auf marxistisch-leninistische Prinzipien basiert. Ziel ist es, die Mitglieder im Sinne einer kommunistischen Gesellschaft zu bilden und für eine revolutionäre Veränderung der Gesellschaft zu mobilisieren. Das Programm legt Wert auf die Vermittlung von Klassenkampf, Solidarität mit der Arbeiterklasse und die Kritik am Kapitalismus. Es umfasst Schulungen, Seminare und politische Bildung, die die Ideologie der DKP stärken sollen. Der Bildungsauftrag der BRD ist im Grundgesetz verankert, hier ist der Artikel 7 „Schulwesen“ zu erwähnen. Er zielt auf die Förderung einer demokratischen, pluralistischen Gesellschaft ab. Die Bildung soll die Persönlichkeitsentwicklung, die Fähigkeit zur gesellschaftlichen Mitgestaltung und vor allem die Toleranz gegenüber unterschiedlichen Meinungen fördern. Das Bildungssystem der BRD ist neutral und vielfältig und soll allen Menschen gleiche Chancen bieten und die demokratische Grundordnung stärken und basiert auf Prinzipien „Freiheit, Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit“. Die DKP bildet ihre Mitglieder im Sinne einer revolutionären Gesellschaftsveränderung aus. Die Schwerpunkte sind Klassenkampf, Kapitalismuskritik und sozialistisches Denken. s. Quellenverzeichnis QR-Code (Pkt. 6)



Bildung

Welche Bildungsaspekte von der AfD gelten als rechtsextrem im Vergleich mit dem heutigen Bildungsauftrag der BRD (Grundsätzliches)? Die Bildungspolitik der AfD weist mehrere Aspekte auf, die in der wissenschaftlichen und politischen Diskussion als rechtsextrem oder zumindest extremistisch eingestuft werden. Im Vergleich dazu verfolgt der Bildungsauftrag der BRD gem. Art. 7 des GG eine demokratische, inklusive und menschenrechtsorientierte Ausrichtung. Rechtsextreme Aspekte der AfD-Bildungspolitik:

- Ethnisch homogene Schulklassen und Separierung
- Die AfD fordert Schüler/innen mit Migrationshintergrund in separaten Klassen zu unterrichten bis sie die deutsche Sprache beherrschen
- Dies wird als Reaktion auf die angeblich schlechten Leistungen dieser Schüler im internationalen PISA-Vergleich dargestellt, diese Haltung wird als rassistisch und diskriminierend kritisiert, da sie eine ethnische Trennung im Bildungssystem befürwortet
- Ablehnung von Inklusion: Die AfD bezeichnet die Inklusion von Behinderten im Regelschulsystem als Ideologieprojekt s. Quellenverzeichnis QR-Code (Pkt. 7)

